



Ein Tag  
in meinem Leben



Vorwort: „Diesmal wähle ich!“ ..... 4

Gesine Meißner (FDP, ALDE) ..... 7

Tiemo Wölken (SPD, S&D) ..... 9

Rebecca Harms (Bündnis 90/Die Grünen, EFA) ..... 11

Jens Gieseke (CDU, EVP) zwischen Niedersachsen und Europa ..... 13

Sabine Lösing (Die Linke, GUE/NGL): Arbeitsschwerpunkte im EP ..... 15

Nachwort: Herausforderungen und Chancen ..... 17

Impressum ..... 19



## „Diesmal wähle ich!“

So lautet das Motto der nächsten Wahlen für das Europäische Parlament. Die werden am 26. Mai 2019 in Deutschland stattfinden. Jede Bürgerin und jeder Bürger der dann 27 Mitgliedsstaaten ist aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Für uns ist das ein Grund, die Abgeordneten für die Region Osnabrück einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Sie werden es nämlich sein, die im Falle eines erneuten Wahlerfolgs unsere Region im Europäischen Parlament vertreten. Viele Bürger kennen „ihre“ Abgeordneten gar nicht; das soll sich mit dieser Broschüre ändern: Wir haben die Abgeordneten der Region gebeten, sich einmal vorzustellen und ihr Leben als Abgeordnete zu skizzieren.

### Geschichte des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat eine lange Geschichte – von 1958 bis heute haben sich die Abgeordneten immer mehr Rechte und Mitbestimmung erstritten und es somit zum einzigen direkt gewählten Organ der EU gemacht, das Parlament ist also die Volksvertretung der EU.

Das sah 1951 noch ganz anders aus: Mit der Gründung der Montanunion trat erstmals auch die Parlamentarische Versammlung zusammen, der Vorgänger des Parlaments. Diese bestand aus 78 aus den Ländern entsandten Abgeordneten.

Als 1958 mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die Atomgemeinschaft EURATOM gegründet wurden, wuchs die parlamentarische Versammlung auf 142 Mitglieder und die Parlamentarier forderten eine offizielle Umbenennung in den schon damals gebräuchlichen Namen: so wurde 1958 aus der Versammlung ein Parlament. Der Ministerrat konnte aber weiterhin fast im Alleingang über Gesetze und Regelungen entscheiden. Dieses Demokratiedefizit der EU beklagte das Parlament, sodass 1979 die ersten direkten Wahlen in den damals neun Mitgliedsländern stattfinden konnten. Das Parlament wurde so zum einzigen Organ der EU, das direkte demokratische Legitimation besitzt. Diese hohe Legitimation durch die Bürger\*innen der EU nutzten die Parlamentarier dann, um umfassende Teilhaberechte bei Gesetzgebungen und der Verfassungsgestaltung zu fordern – mit Erfolg: Es darf heute im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in allen EU-Politikfeldern Entscheidungen treffen und kontrolliert die Arbeit der Kommission, des Rates und der EZB – bei Verstößen darf es vor dem Europäischen Gerichtshof Klage erheben. Zusätzlich dazu besitzt es das Haushaltsrecht, bestimmt also auch über die Ausgaben der EU: dies gibt ihm ein starkes Druckmittel gegenüber Rat und Kommission – *Wenn wir nicht mit dem einverstanden sind, was ihr wollt, bekommt ihr dafür kein Geld.*

### Der Spitzenkandidat

Gesetzesinitiativen müssen immer von der Kommission vorgeschlagen werden, das Parlament, genau wie der Rat, kann sie aber dazu auffordern. Außerdem darf das Parlament seit 2007 die Präsidentin oder den Präsidenten der Kommission wählen, auch dieses Recht wurde erstritten. Vorgesehen war eine eher formale Wahl eines vom Rat vorgeschlagen Kandidaten. Nach Protest durch die Verweigerung seiner Zustimmung bestimmt das Parlament seine Spitzenkandidaten für die Wahl nun selbst, diese werden dann Präsidenten der Kommission. So hat sich das Europäische Parlament im Laufe der Zeit immer mehr Rechte und Mitbestimmung erstritten und sich vom Berater zum Gesetzgeber gewandelt.

### Zwischen Brüssel, Straßburg und dem Wahlkreis

Das Parlament hat seinen Sitz in Brüssel und in Straßburg, es tagt dabei immer blockweise eine Woche lang, 40 Wochen im Jahr. Dann finden Plenartagungen, Ausschuss- und Fraktionssitzungen statt. Außerdem gibt es noch regelmäßig Wochen, in denen die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen aktiv sind und Kontakte zu ihren Wählern knüpfen können. Die derzeit 750 Abgeordneten und ihr Präsident stammen aus allen Mitgliedsländern der EU und haben sich zu europäischen Fraktionen zusammengeschlossen. Koalitionen zwischen den einzelnen Fraktionen gibt es nicht, sodass Mehrheiten jedes Mal verhandelt werden müssen und es so immer Debatten im Plenum gibt.

### Die Sperrklausel – oder doch nicht?

Das Finden solcher Mehrheiten kann sich dabei in Zukunft noch schwieriger gestalten als bisher: denn seit der letzten Wahl gibt es in Deutschland keine Sperrklausel mehr. 5% sind es bei Bundestagswahlen, 3% sind es in vielen anderen Ländern – so viel Prozent der Stimmen müssen Parteien auf sich vereinen, um wenigstens einen der Sitze im Parlament zu bekommen. Viele EU-Parlamentarier waren darüber verärgert und befürchten eine weitere Zersplitterung der Parteienlandschaft, die Fraktionsbildung könnte erschwert werden und Kompromisse wären schwieriger zu erzielen. Gegner der Sperrklausel halten diese für eine Verzerrung der Wahlergebnisse, denn die großen Parteien profitieren von den zusätzlich zu verteilenden Sitzen. Die EU-Parlamentarier aber befürworten die Klausel: im Parlament sind stabile Verhältnisse wichtig, um Gesetze zu beschließen oder abzulehnen. Denn die Gesetze, die hier beschlossen werden, gelten in den Nationalstaaten – und stehen manchmal über nationalem Recht.

Deshalb hat das Parlament im Juli 2018 beschlossen, eine verpflichtende Sperrklausel bei EU-Wahlen einzuführen – falls dies von allen Staaten bis zum 26. Mai 2019 ratifiziert wird, gilt diese Hürde, die zwischen zwei und fünf Prozent liegen soll, dann bei der nächsten Wahl 2024.

**Die Europawahl als Nebenwahl?**

Gewählt wird das Europäische Parlament alle fünf Jahre von allen wahlberechtigten EU-Bürgern, die Wahlbeteiligung war in den letzten Jahren aber eher niedrig – dabei wird das Parlament immer einflussreicher und erlangt immer mehr Entscheidungsgewalt. Die EU nimmt Einfluss auf die meisten Lebensbereiche der Bürger\*innen, Datenschutz steht ebenso auf der Agenda wie Landwirtschaft oder Klimaschutz.

Die EU sichert außerdem seit 60 Jahren etwas für uns heute Selbstverständliches: Freiheit und Demokratie gilt in der gesamten EU genauso wie die Garantie der Rechtssicherheit und die Wahrung der Menschenrechte.

Besonders in dieser Zeit, in der immer mehr europakritische und sogar -feindliche Parteien Aufwind erfahren haben und sich viele lieber mit der nationalen statt der europäischen Politik beschäftigen, ist es wichtig, das europäische Projekt fortleben zu lassen. Und das gelingt durch die Stärkung des demokratisch gewählten Parlaments und seiner Abgeordneten bei einer Wahl.

**Die EU in der Region**

Auch hier in der Region bringt die EU viele Vorteile. Sie fördert zum Beispiel Projekte wie das Takamanda-Gehege im Zoo Osnabrück oder das Felix-Nussbaum-Haus. Auch der Europatag ist inzwischen eine Veranstaltung, die alljährlich in der Region Osnabrück stattfindet. Besonders hier, in unmittelbarer Nähe zu unseren niederländischen Nachbarn, wird besonders klar, wie viele Vorteile offene Grenzen haben. Nicht nur Besuche und Urlaube, sondern auch Transport und Handel können einfach grenzüberschreitend stattfinden – in der ganzen EU und ohne lange Kontrollen. Der Einsatz für die EU lohnt sich – und durch Wahlen lässt sich am einfachsten Einfluss nehmen und mitbestimmen.

Was soll in der europäischen Politik verändert werden? Was soll das Parlament in Zukunft entscheiden? Welche Themen sollten auf die Tagesordnung? Am 26. Mai 2019 entscheidet sich, in welche Richtung sich die EU bewegt – eine Entscheidung, die in der Hand der Wähler\*innen liegt.

***In diesem Sinne viel Vergnügen bei der Lektüre...und gehen Sie diesmal wählen! Perfekt, wenn Sie schon immer dabei sind – dann ermutigen Sie doch andere, denn jede Stimme zählt.***

**Gesine Meißner (FDP, ALDE)**

*Sie kommen aus der Lüneburger Heide und sind nach mehreren beruflichen Stationen Abgeordnete des Europäischen Parlaments geworden. Wieso ist es besonders wichtig für sie, ihre Region auf der EU-Ebene zu vertreten?*



Vor meinem Mandat im Europäischen Parlament war ich zunächst Abgeordnete im niedersächsischen Landtag im Bereich Sozialpolitik. Doch mit der Zeit hat europäische Gesetzgebung mehr und mehr Relevanz für die einzelnen Bundesländer gewonnen. Die Landespolitik ist sehr wichtig und ich pflege enge Kontakte zu meinen Kollegen in den Bundesländern, mit denen ich zusammenarbeite. Aber die Bundesländer brauchen eine Stimme in Europa und die wollte ich ihnen geben. Deshalb hat es mich in das Europäische Parlament gezogen. Meine Eltern haben uns bewusst sehr europäisch und weltoffen erzogen und auf unseren Bauernhof oft Gäste aus anderen Ländern der EU eingeladen. Schon als Jugendliche konnte ich Erfahrungen im Ausland sammeln, andere Kulturen kennenlernen, habe mich für Sprachen interessiert und diese erlernt. Meine Erfahrungen aus der Landespolitik und meinen Auslandsaufenthalten wollte ich optimal einbringen und fand in dem Europäischen Parlament einen Ort dafür.

*Sie sind als Abgeordnete im Europäischen Parlament Mitglied in den Ausschüssen für Umwelt, Transport, Industrie, Energie und Forschung. Warum ist gerade diese Kombination interessant und sinnvoll für die Politik der EU?*

Gerade die Bereiche Umwelt, Energie, Digitalisierung und Forschung können nicht isoliert betrachtet werden, sondern greifen ineinander. Oft wird dasselbe Gesetz in den Ausschüssen parallel diskutiert oder Beschlüsse in einem Ausschuss haben auch Auswirkungen auf einen anderen. Genau an diesen Stellen kann ich mich besonders gut einbringen: Mir ist es wichtig EU-Politik effizient zu gestalten. Ein Beispiel ist die Diskussion um CO<sub>2</sub> Grenzen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge - ein gutes EU-Gesetz soll die Umwelt schützen und darf trotzdem nicht unserer Industrie schaden, da diese auch Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Gleichzeitig muss betrachtet werden,

was die Forschung schon jetzt an Möglichkeiten zur CO<sub>2</sub> Reduzierung bietet. An dieser Stelle zeigt sich gut, wie viele Bereiche betroffen sind.

*Eine ihrer besonderen Bemühungen gilt dem Schutz der Meere und der Begrenzung von Plastikverschmutzung. Wieso ist das so wichtig und wie lässt sich der „plastic-free ocean“ realisieren?*

Viele meiner Wahlkreise sind Küstenstaaten und das Meer, welches 71% unserer Erdoberfläche darstellt, ist sicher der größte Wahlkreis der Welt. Das Meer bietet unglaubliche Potentiale für „blaues Wachstum“: nachhaltige Energie aus Wind, Wellen und Tidehub, Rohstoffe für Medizin und Kosmetik, blaue Biotechnologie und vieles mehr. Gleichzeitig produzieren die Ozeane Sauerstoff – jeder 2. Atemzug kommt aus dem Meer – und binden CO<sub>2</sub>,



sind daher auch ein wichtiger Klimaregulator. Auf der anderen Seite nimmt die Verschmutzung des Meeres immer weiter zu und kann dazu führen, dass diese Potentiale nicht ausreichend genutzt werden können. Ich setze mich für ein Ausbalancieren der Interessen ein: ökologisch, ökonomisch und sozial. Wenn wir es schaffen, Regeln der Kreislaufwirtschaft anzuwenden, das „blaue Wachstum“ nachhaltig zu gestalten, Meeremüll und insbesondere Plastikmüll zu vermeiden und dies international angehen, glaube ich, dass gesunde Meere und sogar ein „plastic-free-ocean“ in Zukunft möglich sind.

*Was macht einen typischen Arbeitstag für Sie als Abgeordnete in Brüssel und Straßburg aus?*

Die Arbeitstage in Brüssel und Straßburg sind sehr unterschiedlich. An beiden Orten finden Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen und Treffen mit Kollegen, Besuchern und Interessenvertretern statt. In Straßburg stehen regelmäßig die Debatten im Plenum im Mittelpunkt sowie die Abstimmungen. In Brüssel hingegen finden vor allem Ausschusssitzungen statt, oftmals parallel, was dazu führt, dass ich häufig zwischen den Ausschüssen hin und her pendeln muss, auch abhängig davon, ob ich Berichterstatterin für ein Gesetz bin und dieses aushandle, oder nicht. Deshalb gehört eine gute Organisation für mich zu einem ganz normalen Arbeitstag, denn dieser ist oft lang und voll mit den oben beschriebenen Treffen.

## Tiemo Wölken (SPD, S&D)

Ich bin Tiemo Wölken, 32 Jahre alt, wohne in Osnabrück und bin seit fast zwei Jahren für die SPD Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Europaabgeordneter pendele ich nicht nur zwischen Brüssel und Straßburg, sondern auch im Wahlkreis hin und her, das heißt bei mir von der Nordsee bis Osnabrück. In einem Parlament, das sich von der Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen, über Datenschutz und Upload-Filter, bis hin zu Handelskriegen mit den USA mit allen möglichen Themen beschäftigt, ist es schwer, einen allgemein-gültigen Arbeitstag zu beschreiben. Dennoch wage ich einen Versuch.

Der Tag beginnt meist gegen 8:30 Uhr in meinem Büro im Parlament. Dann gehe ich mit meinem Team den

Tag durch, beantworte Briefe und E-Mails. Oft gibt es davor aber schon Frühstücksdebatten, bei denen ich die Möglichkeit habe, mich mit verschiedenen Organisationen auszutauschen und zu diskutieren. Die ersten Sitzungen der Ausschüsse beginnen dann um 9:00 Uhr. Ich nehme an den Sitzungen des Umweltausschusses, des Rechtsausschusses und des Haushaltsausschusses teil. Ausschüsse bereiten die Arbeit inhaltlich vor, denn dort sitzen die jeweiligen FachpolitikerInnen der Fraktionen. Wir sprechen über die verschiedensten Anträge und Probleme, diskutieren Richtlinien und Verordnungen und stimmen darüber ab.

Nachmittags und abends tagen dann die Fraktionen: Hier versammeln sich beispielsweise alle SozialdemokratInnen aus den (noch) 28 EU-Ländern und stimmen ihre Position zu Anträgen und Gesetzesvorhaben ab. Noch spezifischer sind die Gruppensitzungen, wo ich mit meinen deutschen SPD-Kolleginnen und -Kollegen zusammenkomme und auch über die aktuellen Themen spreche.





Zwischen den einzelnen Sitzungen gibt es dann Zeit, sich mit Interessenvertretern, Kommissionsbeamten oder anderen Abgeordneten auszutauschen, sich auf die Sitzungen vorzubereiten oder Interviews zu geben. Besondere Termine sind dabei immer die Diskussionen mit Besuchergruppen, die Europapolitik live erleben

wollen und die Debatten von den Besuchertribünen aus miterleben oder mit Abgeordneten über die Arbeit im Parlament sprechen.

In den so genannten „Straßburg-Wochen“ tagt dann das Plenum, in dem alle 751 Abgeordneten sitzen. Dies ist auch der Ort der Debatte und steht am ehesten im Blickfeld der Medien, während die Zeit in den Ausschüssen sich teilweise über Jahre hinweg zieht bis ein Antrag eingebracht und abgestimmt wird. Das Plenum beginnt um 9:00 Uhr und geht im Grunde den ganzen Tag bis spät in den Abend hinein. Allerdings sind nicht immer alle Abgeordneten zum selben Zeitpunkt dort, aufgrund unterschiedlichster anderer Termine. Wirklich ans Eingemachte geht es dann fast immer um 12:00 Uhr bei den Abstimmungen, wo über die Gesetzesvorhaben und Anträge der verschiedenen Fraktionen abgestimmt wird.



An vielen Abenden sind dann noch politische Veranstaltungen, Debatten und Gespräche, so dass der Tag meist erst gegen 22:00 Uhr endet. Schnell kommen an einem solchen Tag dann mehr als zehn Termine zusammen, die mein Büroteam für mich koordiniert.

## Rebecca Harms (Bündnis 90/Die Grünen, EFA)

Nach einer kurzen Bürobesprechung zu den nächsten Wochen mit meinem Brüsseler Team, muss ich los in den Umweltausschuss. Im Moment arbeite ich als Schattenberichterstatterin an der neuen Gesetzgebung für CO<sub>2</sub>-Emissionen von PKW. Im Ausschuss soll über Kompromisse und über die offenen Streitpunkte verhandelt werden. Die Debatte hat sich in den letzten Monaten hochgeschaukelt und die Fronten zwischen den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen verhärtet.



Foto: Jürgen Olczyk

Das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung unter 2 Grad zu halten, erfordert viel ehrgeizigere Ziele für die Senkung von Emissionen als bisher vorgeschlagen. Da die CO<sub>2</sub> Emissionen bisher nicht runtergehen, können wir es uns nicht leisten, verfügbare klimafreundliche Technologien nicht zu nutzen. Aber weder in Sachen notwendiger Innovation noch bei der Frage, wie wir nachhaltig Beschäftigung in der Autoindustrie sichern, gibt es bisher überzeugende Mehrheiten. Es wird extreme Umwälzungen im Automobilsektor geben, die sehr starke Effekte auf Beschäftigung in der Branche haben werden. Deshalb denke ich, dass es über die Transformation des Sektors eine umfassende Verständigung geben muss, um Schocks für Beschäftigte und Standortregionen zu verhindern. Einfach nur die Ambitionen beim Klimaschutz runterschrauben ist bestimmt falsch. Um meine Positionen zu klären, treffe ich mich immer wieder mit zahlreichen Herstellern, Umweltorganisationen, Klimaforschern und Gewerkschaften.

Am Nachmittag habe ich gemeinsam mit anderen Abgeordneten eine fraktionsübergreifende Veranstaltung organisiert zum Thema *Fortschritte und Herausforderungen im Kampf gegen die Korruption in den Ländern der Östlichen Partnerschaft*. Für diese Länder bin ich



© European Union 2018 - Source : EP

als Ko-Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung EURONEST zuständig, in der Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine mit dem Europaparlament organisiert sind. Mit den drei letztgenannten Ländern hat die EU umfassende Assoziierungsabkommen abgeschlossen, durch die zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht wurden und mit denen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern vorangebracht werden soll. Die EU unterstützt die Reformprozesse sehr aktiv auch in der Umsetzung. Das wird von der Zivilgesellschaft vor Ort sehr positiv aufgenommen und oft wird noch mehr direkte Be-



Foto: Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Niedersachsen

teiligung gefordert. Trotz einer beeindruckenden Bilanz, die in den drei assoziierten Ländern unterschiedlich ist, bleibt sehr viel zu tun. Es gibt Rückschläge, u.a. eben im Bereich der Anti-Korruptionsreformen.

An unserer Podiumsdiskussion nehmen VertreterInnen der EU-Institutionen, der Anti-Korruptionsbehörden, der Regierungen und aus den Parla-

menten der Partnerländer, sowie AktivistInnen aus der Zivilgesellschaft teil. Die Debatte verläuft zum Teil sehr kontrovers. Wir vereinbaren am Ende aber eine Konferenz vor Ort in Kiew, um noch mehr Parlamentarier besser einzubinden, sie beim Anti-Korruptionskampf zu unterstützen, aber auch in die Pflicht zu nehmen und die Bürger vor Ort direkt zu erreichen.

Im Zentrum meiner Arbeit im Rahmen der östlichen Partnerschaft stehen neben den politischen Reformen und dem Kampf gegen die Korruption, die soziale und nachhaltige Entwicklung, die Achtung der Menschenrechte und besonders der Schutz von Minderheitenrechten, sowie die Förderung der Pressefreiheit. Dafür reise ich regelmäßig in den Osten des Kontinentes. Ich mache mir gern ein eigenes Bild. Den Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt oder die Besetzung von Teilen Georgiens hätte ich ohne meine Reisen dorthin und ohne Freundschaften vor Ort nie verstehen können.

Es bleibt eines meiner Herzensanliegen unsere Nachbarschaft im Osten und aber auch in der Türkei auf dem Weg in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen und die Brüche zwischen Ost- und Westeuropa zu überwinden.

## Jens Gieseke (CDU, EVP) zwischen Niedersachsen und Europa

Ein typischer Arbeitstag und einige politische Einblicke  
Der Tag startet gut, denn ich habe genug Zeit, um mit meiner Familie zu frühstücken und meinen 4-jährigen Sohn zur KiTa zu bringen. Anschließend aber muss ich sofort zu meinem ersten Termin.

Um 8:30 Uhr steht ein Schulbesuch an. Ich besuche heute die 10. Klasse einer Oberschule. Dort tausche ich mich mit den interessierten jungen Schülerinnen und Schülern über Europa aus. Ich erkläre ihnen, warum ein grenzenloses Europa so wichtig ist. So profitieren schon unzählige Menschen von den abgeschafften Roaming-Gebühren oder können dank der EU sehr leicht im Ausland studieren. Europa ist eure Zukunft – das ist meine Botschaft.



Um 10:00 Uhr habe ich ein Treffen bei einem Automobilzulieferer. Der Mittelstand ist die Säule unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Ich will deshalb nah an den Themen, an den Sorgen und an den Plänen dieser Unternehmen sein. So wie heute Morgen: Regulierung, CO2, Export, Arbeitsplätze.

Um etwa 11:00 Uhr geht es direkt weiter: Ich setze ich mich ins Auto und fahre nach Brüssel. Während der vierstündigen Fahrt plane und organisiere ich zusammen mit meinem Wahlkreisbüroleiter und meinem Team aus Brüssel



die Termine der nächsten Wochen. So kann ich auch diese Zeit produktiv nutzen.

In Brüssel angekommen, fängt auch schon die Tagung des Umweltausschusses um 15:00 Uhr an. Dort setze ich mich für die Anliegen meiner Region ein. Heute beispielsweise geht es um Luftqualität. Klar ist: Wir brauchen ambitionierte, aber machbare Ziele. Ökologie und Ökonomie müssen wir in Einklang bringen.



Wie immer stehen auch heute wieder Treffen mit verschiedenen Interessensvertretern an: Bauernverband, Umweltgruppen oder Wissenschaftler. Ich spreche mit allen, um mir möglichst viel Fachexpertise anzueignen. Die Treffen reihen sich im Halbstundentakt aneinander. Danach habe ich einen kurzen Moment Zeit, um mich auf die nächsten Termine vorzubereiten. Ich überlege zum Beispiel, welchen Standpunkt ich zu bestimmten Themen einnehmen soll oder lese mich in Themen ein.



Um 18:30 Uhr habe ich ein Vorbereitungstreffen mit meiner Fraktion zum Umweltausschuss. Wir tauschen uns untereinander aus und legen einen gemeinsamen Standpunkt für die nächste Sitzung fest. Anschließend bin ich in die niedersächsische Landesvertretung zu einem Meinungsaustausch mit

Wohlfahrtsverbänden wie der Caritas eingeladen. Um etwa 21:00 Uhr ist der Meinungsaustausch beendet. Doch mein Arbeitstag ist noch nicht vorbei. Auf meinem Heimweg treffe ich mich noch mit einer Besuchergruppe aus meiner Region. Diese hat gerade zum Abendessen in einem typischen belgischen Lokal Platz genommen. Um etwa 23:00 Uhr komme ich schließlich zu Hause an. Es war ein voller Tag – keine Frage. Aber ich habe heute wieder viele Menschen erreicht: *#GemeinsamFürEuropa*

## Sabine Lösing (Die Linke, GUE/NGL): Arbeitsschwerpunkte im EP

- Mitglied und GUE/NGL - Koordinatorin im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
- Mitglied und GUE/NGL - Koordinatorin im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
- Vize - Ausschussvorsitzende des Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
- Mitglied in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung Afrika Karibik Pazifik Staaten (AKP) - EU



### Meine Politische (Kurz-)Einschätzung:

Immer offensiver formuliert die EU ihren Anspruch - politisch, ökonomisch, und nun auch vor allem militärisch - als Global Player wahrgenommen zu werden. Mit dem Vertrag von Lissabon, dem jetzigen EU Vertrag (VEU) wurden vor allem auch im militärpolitischen Bereich die institutionellen Hürden beseitigt, um künftig deutlich ambitionierter vorgehen zu können. Nicht erst durch Trump und das BREXIT-Referendum ist die EU zentrifugalen Bewegungen und Zerfallsprozessen ausgesetzt. Nun soll das gemeinsame militärische Projekt den Kitt bilden. Im letzten Jahr sind mehr Fortschritte im Bereich der europäischen Militärpolitik erzielt worden, als die letzten 20 Jahre zuvor. Im neuen EU - sieben- Jahresbudget nach 2020 soll sogar eine neue Haushaltslinie nur für Sicherheit und Verteidigung eingeführt werden, um Rüstungsforschung und die Verteidigungsunion finanziell zu unterstützen.

Dauerbrenner ist die Suche nach mehr Geld aus dem EU-Haushalt für militärische Verwendungszwecke. Die Wunschliste u.a. von der Rüstungslobby ist lang: Rüstungs- und Verteidigungsforschung (500 Mio. Euro pro Jahr ab 2021) und Rüstungsentwicklung (Rüstungsprogramm EDIDP), den Bau einer EU-Drohne (RPAS), ständig strukturierte Zusammenarbeit im Militärbereich (PESCO), EU-Hauptquartier für Militäreinsätze und Aktionsplan zur militärischen Mobilität/Military Schengen („bessere“ Verlegbarkeit von Truppen nach Osteuropa). Das alles unter dem Dach des Aktionsplans zur Verteidigungspolitik (Errichtung einer EU-Verteidigungsunion bis 2025 & Europäischer Verteidigungsfonds). Außerdem werden zunehmend Entwicklungshilfegelder für militärische Kapazitäten - oft auf dem Afrikanischen Kontinent (das zivile Instrument für Stabilität und Frieden wird seit neustem nun auch für die Finanzierung von Militärakteuren benutzt) verwendet.

Diese Militärprojekte befinden sich derzeit in der Umsetzung. Fest steht, dass die EU sich immer weiter weg von einer zivilen Friedensunion (EU erhielt Friedensnobelpreis 2012) hin zu einer Militärunion bewegt. Wünsche der Rüstungslobby finden direkten Eingang in Berichte und Kommissionsvorschläge.

Ein weiterer Fokus ist, dass fortschreitend Terrorismus, Migration und reale oder vermeintliche Instabilität rund um Europa als Vorwand für die Militarisierung im Inneren der EU benutzt werden. (EU-) Innere und (EU-) Äußere Sicherheit sollen bewusst verschmelzen. Migration wird zunehmend als reine Sicherheitsfrage behandelt. Unter der Bekämpfung von Fluchtursachen versteht die EU den Ausbau der Grenzkontrollen, die Externalisierung der EU-Außengrenzen in nordafrikanischen Staaten und der Sahel-Region und betreibt nur Abwehr von Geflüchteten. Das erschütternde an der derzeitigen EU-Politik ist, dass die herrschende, von der EU verursachte Armut und die daraus resultierenden Konflikte immer mehr militärisch unter Kontrolle gebracht werden sollen.



#### Arbeitsschwerpunkte:

- die Verbreitung der strikten Auslegung des Artikel 42 (1) VEU: „Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen und von Fällen, in denen der Rat einstimmig etwas anderes beschließt.

#### Informieren/berichten/aufklären und intervenieren über:

- Neuauflage und Ausbau der USA-NATO-EU - Kooperation
- EU als Rüstungskatalysator/militärische Rüstungsforschung und -entwicklung unter zivilem Mantel (Horizon 2020, EU-Rüstungsprogramm EDIDP wird als Wettbewerbsförderung deklariert)
- Verschmelzung (EU-) Innere und (EU-) Äußere Sicherheitspolitik
- Grenzkontrolle und Migrationsabwehr als zentrale Aufgabe der EU-Außenpolitik (Externalisierung der EU-Außengrenzen, Fortress Europe)

## Herausforderungen und Chancen

Die EU steht weiterhin vor großen Herausforderungen: der Klimawandel, die Globalisierung oder Menschen auf der Flucht nach Europa sind Themen, die die gesamte Europäische Union noch lange beschäftigen werden. Und das gelingt am besten transnational, also über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Und da ist das Parlament wichtig: es vertritt die Meinung und Anliegen der europäischen Bürger\*innen – auf europäischer Ebene.

Hier birgt die EU ihr größtes Potential: wenn sie nationale Grenzen überwindet und Europäer\*innen zusammenbringt. Durch eine gemeinsame europäische Identität und Haltung kann der neue politische Raum genutzt werden, der in der EU entsteht.



Dies ist besonders die Aufgabe der Parteien: sie schließen sich bereits auf europäischer Ebene zu Fraktionen zusammen, ein weiterer Schritt wären dann transnationale Wahllisten, die die Europawahl zu einer wirklich europäischen machen würden.

Die Kür der Spitzenkandidaten durch das Parlament ist bereits ein erster Schritt, das immer noch bestehende Demokratiedefizit der EU zu verringern. Europäische Parteien wären ein erster Schritt zur Bildung einer europäischen Öffentlichkeit mit Debatten über Themen, die alle Bürger\*innen der EU betreffen. Bei dem Blick durch die nationale Linse fällt einem vielleicht nicht auf, dass das Nachbarland das gleiche Problem hat und sucht nach lokalen Lösungen – dabei lassen sich europäische Probleme leichter europäisch lösen. Es braucht also ein Bewusstsein für ein Europa der Einheit und Solidarität, um die Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Die Abgeordneten sind dabei das Gelenk zwischen der Region und EU, können also genau das vertreten, was ihre Wähler ihnen auftragen. Deshalb ist es so wichtig, dass möglichst viele Wähler von ihrem Recht Gebrauch machen und abstimmen. Denn nur so kann das Parlament seine Rolle als Vertreter der Europäer\*innen wirklich ausfüllen.



## Herausgeber:

Europe Direct Informationszentrum  
Landkreis Osnabrück  
Am Schölerberg 1  
49082 Osnabrück  
Tel.: 0541/ 501 3065  
Fax: 0541/ 501 6-3065  
E-Mail: europe-direct@lkos.de  
Internet: www.europe-direct-osnabrueck.de

**Redaktion:** Luca Wirkus  
**Mitarbeit:** Michael Steinkamp

## Quellen

Bilder der Abgeordneten: Eigene Fotos

Logo des Parlaments (Europ\_Parlament\_Logo.png): <http://www.europarl.europa.eu/downloadcentre/en/visual-identity/monolingual-logo>

Logo der Kommission (Europ\_Kommission\_Logo.jpg): [https://ec.europa.eu/info/publications/standard-european-commission-logos\\_de](https://ec.europa.eu/info/publications/standard-european-commission-logos_de)

Logo des Europe Direct Informationszentrum (Europe\_Direct\_Logo.jpg): freie Verwendung bei eigener Publikation

### Bilder des Parlaments:

Europ\_Parlament\_Flaggen.JPG: [https://multimedia.europarl.europa.eu/en/plenary-session-week-27-2017-in-strasbourg-ep-building-and-flags\\_20170911\\_EP-057870A\\_GEN\\_0005\\_p#ssh](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/plenary-session-week-27-2017-in-strasbourg-ep-building-and-flags_20170911_EP-057870A_GEN_0005_p#ssh)

Europ\_Parlament\_Plenum.jpg: [https://multimedia.europarl.europa.eu/en/stockshots-of-hemicycle-of-ep-in-strasbourg\\_20180705\\_EP-074369A\\_MCU\\_028-Modifier\\_p#ssh](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/stockshots-of-hemicycle-of-ep-in-strasbourg_20180705_EP-074369A_MCU_028-Modifier_p#ssh)

EU\_Flagge\_blaue.jpg: [https://multimedia.europarl.europa.eu/en/signature-of-partnership-agreement-between-european-parliament-and-association-des-guides-touristiqu\\_20180703\\_EP-073067A\\_MCH\\_008\\_p](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/signature-of-partnership-agreement-between-european-parliament-and-association-des-guides-touristiqu_20180703_EP-073067A_MCH_008_p)

Kofinanziert von



## Rechtlicher Hinweis:

Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung der Abgeordneten wieder und entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt der Europäischen Union oder des Europe Direct Informationszentrums.

